PRESSEMITTEILUNG DES LANDKREISES NORDWESTMECKLENBURG

Wismar, 23.2.2023

Sehr geehrte Pressevertreter,
wir haben folgende Informationen für Sie zur freien Verwendung:

Pressemitteilung des Landrates von Nordwestmecklenburg zu den Aussagen Ministerpräsidentin Schwesig im DLF

In einem Radiointerview mit dem Deutschlandfunk am Donnerstag (23.2) äußerte sich Ministerpräsidentin Manuela Schwesig dahingehend, dass sie Landrat Tino Schomann gebeten habe, die geplante zeitweise Unterkunft für Asylbewerber in Upahl zu verkleinern und nannte Beispiele für dezentrale Unterbringung aus anderen Landkreisen. Dabei erkannte Sie allerdings bereits selbst an, dass auch diese mit ihren Unterbringungsmöglichkeiten an ihr Grenzen stoßen.
Damit führt Frau Ministerpräsidentin Schwesig aus Sicht von Landrat Tino Schomann ihre eigene Aufforderung an den Landrat und ihr Versprechen, „man arbeite“ an mehr dezentraler Unterbringung ad absurdum.

Landrat Tino Schomann:
„Mit ihren Aussagen fällt Frau Ministerpräsidentin Schwesig ihre eigenem Innenministerium in den Rücken, welches die Unterkunft Upahl genehmigt hat. Vor allem fällt sie aber den Kreistagsmitgliedern der unterstützenden Fraktionen im Kreistag Nordwestmecklenburg in den Rücken, die es sich nicht leichtgemacht haben, diese schwere Entscheidung für den zeitweisen Standort Upahl mit zu tragen. Die Alternative wäre die Belegung einer Sporthalle nach der anderen.

Es sind nicht die Landräte und Kreistage, die für die aktuelle Situation verantwortlich sind. Diese tun ihr Bestes, um die Lage vor Ort zu bewältigen und Unterkünfte bereit zu stellen. Dabei sind die Landkreise heterogen zu betrachten, denn zum Beispiel Nordwestmecklenburg hat keine Landes- oder Bundesliegenschaften, die für eine Entlastung sorgen könnten. Die Suche nach anderen Liegenschaften seit rund einem Jahr verlief aus verschiedenen Gründen erfolglos, nicht aufgrund mangelnder Bemühungen. Das Land selbst kann für eine zeitweise Entlastung sorgen, indem es seine Kapazitäten in den Erstaufnahmeeinrichtung des Landes erhöht, um den Kommunen Zeit zu geben, ihre Kapazitäten zu erweitern. Im Vergleich zu 2015/2016 fehlen über 3.000 Plätze in den Einrichtungen des Landes.

Indem sie diese Aufforderung öffentlich macht, lenkt die Ministerpräsidentin von der Verantwortung der Landesregierung ab und spielt denjenigen in die Hände, die die Aufnahme von Asylbewerber aktuell landauf und landab für ihre Zwecke instrumentalisieren. Ich bitte nochmals die Ministerpräsidentin die Lage der Kommunen an die Bundesregierung zu spiegeln. Die Landes- und die Bundesregierung müssen die Kommunen in die Lage versetzen, die ihnen

gestellten Aufgaben auch erfüllen zu können. Ich erwarte kein „Ping-Pong-Spiel“, sondern pragmatische und konstruktive Lösungen, die auch der aktuellen Krise gerecht werden “.

Der Landrat wird sich mit den unterstützenden Fraktionen des Kreistages zu den Aussagen der Regierungschefin beraten.

Im Anhang an diese Pressemitteilung stellen wir Ihnen den Brief zur Verfügung, den Landrat Tino Schomann im Anschluss an die am Mittwoch (22.2.) stattgefundene Kreistagssitzung an die Ministerpräsidentin gesandt hat.
Darin enthalten ist auch eine vom Kreistag beschlossene Erklärung (Anhang I) und ein Schreiben von Landrat Tino Schomann an Innenminister Christian Pegel im Nachgang einer Bürgerversammlung am 15.2. (Anhang II)

Pressestelle

Christoph Wohlleben
Rostocker Straße 76
23970 Wismar
Telefon 03841 3040-9020
E-Mail: c.wohlleben@nordwestmecklenburg.de

Landkreis Nordwestmecklenburg
Der Landrat

Landkreis Nordwestmecklenburg · Postfach 1565 · 23958 Wismar

Die Ministerpräsidentin des Landes
Mecklenburg-Vorpommern
Staatskanzlei
Schloßstr. 2-4
19053 Schwerin
vorab per E-Mail
Manuela.Schwesig@stk.mv-regierung.de

Auskunft erteilt Ihnen Herr Schomann
Zimmer A 2.22 · Rostocker Straße 76 · 23970 Wismar

Telefon 03841 3040 9000 **Fax** 03841 3040 89000
E-Mail landrat@nordwestmecklenburg.de

Unser Zeichen

Wismar, den 22.02.2023

Unterbringung und Betreuung geflüchteter Menschen/Asylbewerber im Landkreis Nordwestmecklenburg

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Schwesig,

bezugnehmend auf unser gemeinsames Telefonat an diesem Montagabend zum Thema der Unterbringungssituation geflüchteter Menschen/Asylbewerber im Landkreis Nordwestmecklenburg möchte ich Ihnen anliegend den heutigen Beschluss des Kreistages übermitteln sowie den Text einer E-Mail, die ich am 17. Februar Innenminister Pegel geschrieben habe.

In unserem Telefonat haben Sie mir gegenüber erklärt, dass die geplante Unterkunft in Upahl zu groß sei, ich möge die Planungen überdenken. Sie rennen mit Ihrem Wunsch bei mir offene Türen ein: Die Pläne für Upahl sind der Not geschuldet, trotz erheblicher Anstrengungen ließ sich in Nordwestmecklenburg keine andere sinnvolle Unterbringungsmöglichkeit organisieren. Die zeitweise errichtete Gemeinschafts-unterkunft (GU) in der Gemeinde Upahl wurde durch den Kreistag am 26.01.2023 mehrheitlich beschlossen und vom Land M-V bestätigt sowie genehmigt. Die GU ist notwendig, unabdingbar und wird gebaut. Auch Minister Pegel hatte mir seinerzeit schriftlich bestätigt, dass diese Entscheidung erstmal dem Landkreis Zeit verschaffen würde, um weitere GU errichten zu können.

Hinzu kommt, dass wir die Ressourcen, brauchen GU´s betreiben zu können. Die Ressourcen gelten fast als weggefallen. Deshalb ist es eben nicht möglich, kleinteilige Strukturen (die ich persönlich sehr begrüßen würde) zu errichten.
Wir brauchen die Menschen für die soziale Betreuung, für die Sicherheit und für die Integration. Gerade die Integration ist bei wegfallender Akzeptanz (am Beispiel

Landkreis Nordwestmecklenburg
Kreissitz Wismar
Rostocker Straße 76
23970 Wismar

Telefon 03841 3040 0
Fax 03841 3040 6599
E-Mail info@nordwestmecklenburg.de
Web www.nordwestmecklenburg.de

Bank Sparkasse Mecklenburg-Nordwest
IBAN DE61 1405 1000 1000 0345 49
BIC NOLADE21WIS
CID DE46NWM00000033673

Gadebusch, E-Mail an IM Pegel, Anlage II) zusehends schwer. Auch ehrenamtliches Engagement ist deutlich rückläufig.
Außerdem gibt es in meinem Landkreis einen Leerstand von unter 2 %. Auch gibt es keine Bundes- bzw. Landesimmobilien, die zur Unterbringung nützlich sein könnten. Ich bin dem Land dennoch sehr dankbar, dass aufgrund unserer Anfrage, dass Gelände des Polizeireviers in Gadebusch zur Prüfung steht, dort temporär und später dauerhaft Asylbewerber unterbringen zu können.

Wenn Sie mich also auffordern, die Pläne für Upahl vom Tisch zu nehmen, würde ich mich freuen, wenn Sie mir Vorschläge unterbreiten könnten, wie ich die durch das Land M-V zugewiesenen Flüchtlinge/Asylbewerber sonst unterbringen soll.
Die Bundes- und Landesprognosen gehen davon aus, dass wir weiter 20 bis 30 Menschen pro Woche zugewiesen bekommen. Insofern machen auch diese Zahlen deutlich, Upahl zu verkleinern bzw. aufzugeben ist keine Option. Mir mitzuteilen, ich möge eine andere Entscheidung treffen, wird der Sache nicht gerecht.
Wir brauchen dauerhafte GU-Plätze, um Upahl zurückbauen zu können.
Hilfreich wäre es, wenn die Landesregierung bessere dezentrale Lösungen zur Entlastung der Kommunen anbieten könnte, wie ich sie etwa mit Blick auf die Lösung des DRK-Bundesverbandes mit einer Kapazität von 5.000 Plätzen in modularer Bauweise schon vor Wochen vorgeschlagen habe. Auch andere Unterkunfts-kapazitäten, wie eine mögliche Anmietung eines Hotels mit 350 Plätzen in der Gemeinde Gägelow, lagen auf dem Tisch.

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,

acht Jahre nach der Flüchtlingskrise 2015/2016 sind wir mitten in der nächsten schweren Krise für die Kommunen und das bundesweit. Der Deutsche Landkreistag, der Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern sowie der Deutsche Städte- und Gemeindebund als unsere kommunalen Spitzenverbände appellieren seit Monaten an die Regierungen mit einem Hilferuf. Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass wir als Kommunen wieder in die Lage versetzt werden können, unseren gesetzlichen Auftrag erfüllen zu können.

In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass es eben nicht damit getan ist, die Verteilung der zu uns kommenden Menschen anders oder besser zu organisieren. Wir werden die bestehenden Herausforderungen nur dann lösen können, wenn wir endlich eine ehrliche Diskussion darüber führen, welche Aufnahmekapazitäten wir als Gesellschaft dauerhaft bereitstellen können und wollen. Integration kann nur dann gelingen, wenn der Zuzug von Migrantinnen und Migranten beherrschbar bleibt. Dies ist gegenwärtig nicht der Fall.

Darüber hinaus ist das Land Mecklenburg-Vorpommern originär in der Pflicht, die Abschiebung ausreisepflichtiger Menschen zu vollziehen. Soweit es hier rechtlich-organisatorische Hemmnisse gibt, bitte ich Sie, dass Sie mit der Bundesregierung darüber sprechen, inwieweit hier Abhilfe geschaffen werden kann. Auch an dieser Stelle könnte der Druck, der aktuell auf den zuständigen Behörden und nicht zuletzt auf der Gesellschaft lastet, substanziell gemindert werden.

Landkreis Nordwestmecklenburg
Kreissitz Wismar
Rostocker Straße 76
23970 Wismar
StNr.: 079/133/82794

Telefon 03841 3040 0
Fax 03841 3040 6599
E-Mail info@nordwestmecklenburg.de
Web www.nordwestmecklenburg.de

Bank Sparkasse Mecklenburg-Nordwest
IBAN DE61 1405 1000 1000 0345 49
BIC NOLADE21WIS
CID DE46NWM00000033673

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,

angesichts des Fachkräftemangels braucht Deutschland qualifizierte Migration. Auch in Nordwestmecklenburg ist das jedermann klar. Die Bedingung dafür, dass an der Stelle die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden können, ist die Steuerung und Begrenzung der Flüchtlingsströme, die nach Deutschland führen. Gelingt dies nicht, droht nicht nur gesellschaftlicher Unfriede, es wird auch nicht gelingen, den Zuzug dringend benötigter Fachkräfte zu organisieren.

Wir brauchen die gesellschaftliche Akzeptanz und die Ressourcen, um die an uns gestellten Aufgaben bewältigen zu können.

Wir brauchen Akzeptanz, um Integration leisten zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Tino Schomann
Landrat

Anlagen

Landkreis Nordwestmecklenburg
Kreissitz Wismar
Rostocker Straße 76
23970 Wismar
StNr.: 079/133/82794

Telefon 03841 3040 0
Fax 03841 3040 6599
E-Mail info@nordwestmecklenburg.de
Web www.nordwestmecklenburg.de

Bank Sparkasse Mecklenburg-Nordwest
IBAN DE61 1405 1000 1000 0345 49
BIC NOLADE21WIS
CID DE46NWM00000033673

Anhang I

Der Kreistag Nordwestmecklenburg beschließt nachfolgenden Antrag:

Unsere Gesellschaft steht in diesen Tagen vor zahlreichen Herausforderungen. Der Kreistag Nordwestmecklenburg zeigt sich solidarisch und hilfsbereit mit geflüchteten Menschen aus aller Welt, die nach Deutschland und Nordwestmecklenburg kommen und auf der Basis unseres Grundgesetzes berechtigte Schutzinteressen haben.
Der Landkreis hat die Aufgabe, Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, nach einem bestimmten Schlüssel aufzunehmen. Er stellt sich dieser Aufgabe auch, braucht aber die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Gemeinden und ihr aktives solidarisches Handeln vor Ort.
Der Landkreis braucht die Mitwirkung und Solidarität der Gemeinden im Landkreis, um eine gute Verteilung von Unterkünften umsetzen zu können. Deshalb müssen wir die Solidarität der Gemeinden einfordern.
Das bedeutet für uns:

1. *Mittel- und langfristig brauchen wir mindestens sechs größere Aufnahmeeinrichtungen in den Städten und größeren Gemeinden, die durch Unterkünfte und Betreuung auch in kleineren Strukturen ergänzt werden.*
2. *Die Verwaltung des Landkreises und die Verantwortlichen in den Ämtern, Städten und Gemeinden werden gebeten, gemeinsam eine Perspektive für die Aufnahme geflüchteter Menschen zu erarbeiten. Damit sind die Menschen vor Ort in der Lage, sich darauf vorzubereiten und die Rahmenbedingungen langfristig sicherzustellen. Vor allem muss die Betreuung durch hauptamtliche Kräfte erfolgen. Ehrenamtliches Engagement wird hierbei sehr begrüßt und einbezogen.*

Wir die Mitglieder des Kreistages Nordwestmecklenburg stellen uns einer sachlichen und verantwortungsvollen Diskussion und bieten das Gespräch dazu an. Die Ängste und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger nehmen wir sehr ernst und werden versuchen, darauf einzugehen. Blinden Hass, Hetze und das Schüren völlig absurder Ängste verurteilen wir aufs Schärfste und werden ihnen mit allen demokratischen Mitteln entgegenwirken.
Weiterhin bittet der Kreistag von Nordwestmecklenburg den Landrat, den vorgenannten Beschlusstext und die Begründung gegenüber der

Landkreis Nordwestmecklenburg
Kreissitz Wismar
Rostocker Straße 76
23970 Wismar
StNr.: 079/133/82794

Telefon 03841 3040 0
Fax 03841 3040 6599
E-Mail info@nordwestmecklenburg.de
Web www.nordwestmecklenburg.de

Bank Sparkasse Mecklenburg-Nordwest
IBAN DE61 1405 1000 1000 0345 49
BIC NOLADE21WIS
CID DE46NWM00000033673

Bundesregierung und der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern zu kommunizieren, mit dem Ziel, diese aufzufordern, die Kommunen und Landkreise in die Lage zu versetzen, ihren gesetzlichen Auftrag auch vollumfänglich, integrativ und strategisch erfüllen zu können. Insbesondere soll der Landrat dabei darauf hinwirken, dass ein überregional und überparteilich geforderter Flüchtlingsgipfel, mit dem Bundeskanzler, zur Lösung durchgeführt wird.

Anhang II

Sehr geehrter Herr Innenminister, lieber Herr Pegel,

ich erlaube mir, Ihnen meine Wahrnehmung der Bürgerversammlung (15.02.2023) in Gadebusch zu teilen.
Dies mit Blick auf die Stimmung in der Bevölkerung einerseits und die Akzeptanz für die temporären Flüchtlingsunterkünfte anderseits.

Die Kreisbürgerversammlung dient dazu, alltäglich Themen der Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen (ÖPNV, Verkehrsfragen, Finanzierungen, Bauanträge etc.).
Üblicherweise kommen zu den Kreisbürgerversammlungen 20-40 Personen. Allein das haltlose Gerücht, der Landkreis würde in Gadebusch eine Flüchtlingsunterkunft an der Schule planen, hat dazu geführt, dass rund 400 Personen zur Kreisbürgerversammlung kamen. Nur etwa 150 Personen konnten in den Veranstaltungsort aufgenommen werden. Etwa 250 (abgewiesene) Personen versammelten sich vor dem Zaun der Feuerwehr in Gadebusch.
Die nicht auf das Gelände gelassenen Personen versuchten mehrfach sich auf das Gelände zu „kämpfen". Unser Sicherheitsdienst wurde einmal angegangen und die beiden arabisch-stämmigen Sicherheitsleute wurden fortlaufend rassistisch beleidigt.

Die Stimmung war sehr aggressiv und aufgeladen. Alleiniges Thema war die Aufnahme von Geflüchteten. Diese wurde sehr deutlich abgelehnt. Erschreckend war für mich und auch den Bürgermeister, Herrn Schlien, dass selbst rechtsextreme Redebeiträge von „normalen" Bürgern mit Beifall und Zustimmung honoriert wurden. Sowohl in der Veranstaltung als deutlicher noch in der Versammlung vor den Toren des Veranstaltungsgeländes. Auf meine rhetorische Frage, wo ich denn mit den geflüchteten Menschen sonst hinsolle, wurde vereinzelt hinter dem Zaun gerufen „dann erschießt sie doch". Auch dieser, aus meiner Sicht, justiziablen Äußerung wurde nicht widersprochen.

Landkreis Nordwestmecklenburg
Kreissitz Wismar
Rostocker Straße 76
23970 Wismar
StNr.: 079/133/82794

Telefon 03841 3040 0
Fax 03841 3040 6599
E-Mail info@nordwestmecklenburg.de
Web www.nordwestmecklenburg.de

Bank Sparkasse Mecklenburg-Nordwest
IBAN DE61 1405 1000 1000 0345 49
BIC NOLADE21WIS
CID DE46NWM00000033673

Weiterhin wurde uns eine Liste mit 1.600 Unterschriften gegen die Unterbringung von Geflüchteten in Gadebusch (rund 5.500 Einwohner) übergeben.
In Gänze muss ich feststellen, dass die Stimmung gegen die Unterbringung von Geflüchteten deutlich schlechter wird. Dies setzt sich in allen Orten fort, die für die Errichtung zeitweiser oder dauerhafter Gemeinschaftsunterkünfte in die öffentliche Diskussion kommen.

Aus meiner Sicht erfordert die zunehmend aggressive und aufgeladene Stimmung auch weiterhin eine Absicherung durch die Polizei. Die Sorge steigt, dass der verbale Hass mit Fortlauf der Krise auch in körperliche Übergriffigkeit übergehen kann.
Die aufgewühlten Versammlungslagen wirken auch auf die kommunalen Entscheidungsträger – Bürgermeister und Kreistagsmitglieder – durchaus einschüchternd.

Anmerken muss ich aber auch, dass das Klima auch für die Geflüchteten schwieriger wird. Ich frage mich, wie wir bei dieser deutlichen Ablehnung in der Bevölkerung die Integration und Aufnahme dauerhaft leisten können. Ich frage mich, wie Geflüchtete hier in unserer Gesellschaft ankommen können, wenn Ihnen so deutliche Ablehnung entgegengebracht wird.

Landkreis Nordwestmecklenburg
Kreissitz Wismar
Rostocker Straße 76
23970 Wismar
StNr.: 079/133/82794

Telefon 03841 3040 0
Fax 03841 3040 6599
E-Mail info@nordwestmecklenburg.de
Web www.nordwestmecklenburg.de

Bank Sparkasse Mecklenburg-Nordwest
IBAN DE61 1405 1000 1000 0345 49
BIC NOLADE21WIS
CID DE46NWM00000033673